



Kofinanziert von der
Europäischen Union

Antrag Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen in der landwirtschaftlichen Produktion nach dem Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP-RL M-V)	
Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg Dezernat IF Bleicherufer 13 19053 Schwerin	Posteingangsstempel

1) Antragsteller/Zuwendungsempfänger	
EU-Betriebsnummer (BNRZD)	
Name / Unternehmensbezeichnung	
Vorname / Name des Vertretungsbefugten	
Straße, Nr.	Postleitzahl / Ort
Telefon	E-Mail

2) Vorhabenbeschreibung (ggf. als Anlage beifügen)
<ul style="list-style-type: none">- Die Zuwendung soll welchem Zweck dienen? Der Zweck muss eindeutig und ausführlich bezeichnet werden (ggf. auf Beiblatt).- Außerdem muss die Wirtschaftlichkeit der Investition im Hinblick auf die Verbesserung der Gesamtleistung und Nachhaltigkeit des Betriebes ausführlich dargestellt werden.

3) Durchführungszeitraum

vom (Datum):

bis (Datum):

Die zweckentsprechende Verwendung der bewilligten Mittel wird nachgewiesen bis zum (Datum):

4) Durchführungsort (PLZ, Ort, evtl. Ortsteil)

5) beantragte Zuwendung

Zuwendung nach Nr. 5.2.1 der Richtlinie:

(Premiumförderung gemäß Anlage 1 Teil B sowie für Investitionen zur Frostschutzberegnung, Hagelschutz, Starkregenschutz i.H.v. 40%)

Euro

Zuwendung nach Nr. 5.2.2 der Richtlinie:

(Zuschuss für spezifische Investitionen zum Umwelt und Klimaschutz gemäß Anlage 2 Nr. 2 und 4 in Höhe von 40%)

Euro

Zuwendung nach Nr. 5.2.3 der Richtlinie:

(Zuschuss für Bewässerungsanlagen in Höhe von 30%)

Euro

Zuwendung nach Nr. 5.2.4 der Richtlinie:

(Basisförderung gemäß Anlage 1 Teil A und sonstige Investitionen in Höhe von 20%)

Euro

Zuwendung nach Nr. 5.2.5 der Richtlinie:

(Emissionsminderung in Stallbauten- Basisförderung gemäß der Anlage 1 Teil A in Höhe von 30% oder Premiumförderung gemäß der Anlage 1 Teil B in Höhe von 50% für Maßnahmen gemäß Anlage 2 Nummer 1.2 bis 1.6)

Euro

Zuwendung nach Nr. 5.2.6 der Richtlinie:

(Zuschuss für nichtproduktive Maßnahmen zur Emissionsminderung in Höhe von 65% gemäß Anlage 2 Nummer 1.1 und 3.1)

Euro

Zuwendung nach Nr. 5.2.7 der Richtlinie:

(Junglandwirtezuschuss in Höhe von zusätzlich 10%, max. 20TEUR)

Euro

Zuwendung nach Nr. 5.2.8 der Richtlinie:

(Betreuergebühren, max. 10.500 EUR)

Euro

Zuwendung nach Nr. 5.2.9 der Richtlinie:

(zusätzlicher Zuschuss bei EIP Agri in Höhe von 20%)

Euro

Zuwendung nach Nr. 5.2.10 der Richtlinie:

(Umstellung der Haltung von Jung- und Zuchtsauen; Zuschuss 30%)

Euro

Zuwendung nach Nr. 5.2.11 der Richtlinie:

(Emissionsminderung in Schweineställen 50%)

Euro

Zuwendung insgesamt:

Euro

Werden für die Maßnahme weitere öffentliche Fördermittel (z.B. Darlehen der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Bürgschaften, sonstige Zuschüsse) beantragt? (Zutreffendes ankreuzen) ja nein

Werden für Maßnahmen weitere Leistungen Dritter (z.B. Spenden, Versicherungsleistungen) eingesetzt? (Zutreffendes ankreuzen) ja nein

Der Antragsteller ist zum Vorsteuerabzug berechtigt: ja nein
(Zutreffendes ankreuzen)

Buchstelle:

Buchführung seit:

6) Zuwendungen nach dem Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP)

(Zutreffendes ankreuzen)

Das durch mich vertretende Unternehmen hat innerhalb der Bundesrepublik Deutschland eine Zuwendung nach dem Agrarinvestitionsförderungsprogramm seit dem 01.01.2023 erhalten: ja nein
(Wenn ja, dann Bewilligungs- bzw. Auszahlungsbescheid/e anderer Bundesländer in Kopie als Anlage zum Antrag einreichen.)

Bundesland	Aktenzeichen	Bewilligungsdatum	zuwendungsfähige Ausgaben

7) Angabe von Beteiligungsverhältnissen des Antragstellers

(Zutreffendes ankreuzen: Wenn ja, dann dem Antrag das Formular „Erklärung zu Beteiligungen“ beifügen.)

An dem durch mich vertretenden Unternehmen werden durch weitere natürliche oder juristische Personen Anteile an landwirtschaftlichen Unternehmen gehalten. (gilt rückwirkend ab dem 01.01.2023)

nein ja → Anlage Erklärung zu Beteiligungen Tabelle 1 ausfüllen!

Das durch mich vertretene Unternehmen ist an anderen landwirtschaftlichen Unternehmen durch die Zugehörigkeit natürlicher oder juristischer Personen beteiligt. (gilt rückwirkend ab dem 01.01.2023)

nein ja → Anlage Erklärung zu Beteiligungen Tabelle 2 ausfüllen!

8) Hinweise

Die Gewährung einer Zuwendung ist vor Entstehung der Ausgaben zu beantragen. Zuwendungen für bereits begonnene Vorhaben können nicht gewährt werden. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.

Die gewährten Zuwendungen werden auf schriftlichen Antrag ausgezahlt. Mit dem Auszahlungsantrag und Verwendungsnachweis sind der Bewilligungsbehörde entsprechende Rechnungen sowie Nachweise zu deren Bezahlung (Kontoauszug) in Kopie vorzulegen. Sachleistungen/Inzahlungnahmen können nicht als zuwendungsfähige Ausgaben anerkannt werden. Die abgerechneten Leistungen/Dienstleistungen müssen zum Abrechnungszeitpunkt bereits erbracht sein.

Für die gewährte Zuwendung wird regelmäßig eine Zweckbindungsfrist festgelegt. Dies bedeutet, dass Objekte, für die Zuwendungen gewährt wurden, innerhalb dieser Frist nicht entgegen der festgelegten Zweckbestimmung verwendet werden dürfen.

Zuwendungen nach dem Agrarinvestitionsförderungsprogramm, die Unternehmen gewährt wurden, an denen der Antragsteller oder natürliche Personen des antragstellenden Unternehmens beteiligt sind, werden ab dem 01.01.2023 in Höhe der jeweiligen Beteiligung entsprechend Pkt. 5.7 der Richtlinie an die Förderhöchstgrenzen angerechnet.

Die AFP-Zuwendung ist in den Jahren von 2023 bis 2027 auf 1 Mio. EUR je Unternehmen begrenzt.

Aufträge sind nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben. *Mit dem Förderantrag sind für jeden Auftrag (Ausnahme: freiberufliche Leistungen, wenn für die Bemessung des Preises eine staatliche Vergütungsordnung maßgeblich ist, z.B. HOAI) möglichst mindestens drei schriftliche Angebote einzuholen und vorzulegen. Wenn trotz schriftlicher Angebotseinholung nur ein oder zwei Angebote abgegeben wurden, sind die schriftlichen Angebotsabfragen und ggf. die schriftlichen Mitteilungen der Anbieter einzureichen (z.B. Ausdruck der E-Mail).*

Wird eine Kostenschätzung eines Architekten oder Bauingenieurs nach DIN 276 mit dem Förderantrag vorgelegt, so sind spätestens mit dem Zahlungsantrag entsprechende Vergleichsangebote vorzulegen.

Werden Vergleichsangebote oder die Ergebnisse der Preisabfragen/Markterkundungen mit dem Antrag vorgelegt, bedürfen diese der Schriftform. Mündliche Angebote, über die der Zuwendungsempfänger eine Notiz angefertigt, sind als Nachweis gegenüber der Bewilligungsbehörde nicht ausreichend.

Ausgaben für Materialien und/oder gemietete Maschinen oder Geräte werden nicht gefördert, wenn der Zuwendungsempfänger das Material selbständig erwirbt und eigenständig verbaut bzw. die Arbeiten mit gemieteten Maschinen oder Geräten selbst durchführt.

9) Erklärungen

Ich/wir erkläre/n, dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde. Mir ist bekannt, dass ein Beginn des Vorhabens - dazu zählt bereits der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrag - ohne vorherige Bewilligung bzw. schriftliche Zustimmung der Bewilligungsbehörde einen Förderausschluss der gesamten Maßnahme zur Folge hat.

Ich/wir versichere/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag, den Anlagen und ggf. in weiteren mit dem Antrag eingereichten Unterlagen enthaltenen Angaben.
Die Gesamtfinanzierung ist gesichert.

Mir/uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag, im Investitionskonzept und in den eingereichten Unterlagen enthaltenen Angaben sowie alle sonstigen nach den allgemeinen Grundsätzen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung erheblichen Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass nach dieser Vorschrift sich strafbar machen kann, wer vorsätzlich oder leichtfertig

- unrichtige oder unvollständige Angaben über subventionserhebliche Tatsachen macht, die für ihn vorteilhaft sind,
- eine mit Hilfe solcher Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder subventionserhebliche Tatsache in diesem Verfahren gebraucht oder
- die Bewilligungsbehörde über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt, zu deren Mitteilung er verpflichtet ist.

Mir/uns ist ferner bekannt, dass ich verpflichtet bin der Bewilligungsbehörde

- unverzüglich alle Tatsachen anzuzeigen, die der Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention/des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention/des Subventionsvorteils erheblich sind oder
- rechtzeitig vorher anzuzeigen, wenn ich eine mit der Subvention erworbene oder hergestellte Sache, deren Verwendung durch die Bestimmungen der für die Gewährung der Subvention maßgeblichen Förderrichtlinie bzw. die Bestimmungen im Zuwendungsbescheid beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwenden will.

Mir/uns ist bekannt, dass die zuständigen Behörden der Europäischen Union, des Bundes und des Landes sowie deren Rechnungshöfe das Recht haben, die Verwendung der Mittel durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsichtnahme in die Bücher, Belege und sonstige Unterlagen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen und Auskünfte einzuholen.

Ich/wir verpflichte/n mich die für die Evaluation der Zuwendung erforderlichen Daten bereitzustellen.

Ich/wir habe/n die Bestimmungen der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen in der landwirtschaftlichen Produktion nach dem Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP-RL M-V) zur Kenntnis genommen.

Ich/wir habe/n zur Kenntnis genommen, dass eine abschließende Bearbeitung des Antrages erst erfolgen kann, wenn alle erforderlichen Unterlagen der Bewilligungsbehörde vollständig vorliegen.

Ich/wir haben das Merkblatt zur Datenverarbeitung und Veröffentlichung von Informationen zur Kenntnis genommen und willige in die Verarbeitung personenbezogener Daten ein.

Ich/wir haben das Merkblatt „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ zu Kenntnis genommen und werde diese bei der Umsetzung des Vorhabens beachten.

Gegen mein/unser Unternehmen (einschließlich Inhaber, Gesellschafter, Beteiligte) sind oder waren keine Zwangsvollstreckungsmaßnahmen anhängig oder Anträge auf Ableistung der eidesstattlichen Versicherung bzw. Eröffnung des Insolvenzverfahren gestellt.

Ich/wir versichere, dass gegen mein/unser Unternehmen keine Rückforderung auf Grund einer Rückforderungsanforderung eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Binnenmarkt besteht bzw. nicht Folge geleistet wurde (sog. Deggendorf Klausel).

10) Anlagen (Zutreffendes ankreuzen)

- Investitionskonzept in Papierform
- Investitionskonzept auf Datenträger oder per E-Mail (poststelle@staluwm.mv-regierung.de)
- Berater- oder Betreuerbericht
- Kreditbereitschaftserklärung
- Eigenmittelnachweis
- Ausbildungs- bzw. Qualifizierungsnachweis (Betriebsleiter)
- aktueller Handelsregisterauszug
- aktueller Gesellschaftervertrag (bei GbR)
- Erklärung „kein Unternehmen in Schwierigkeiten“
- Erklärung zu Beteiligungen des Antragstellers (Tabelle 1)
- Erklärung zu Beteiligungen des Antragstellers (Tabelle 2)
- Betreuer-, Beratervertrag; ggf. Vollmacht des Antragstellers für Berater/Betreuer
- Architekten- bzw. Ingenieurvertrag

- Eigentumsnachweis für Liegenschaften, die mit der Investition im Zusammenhang stehen
- Lageplan des Bauvorhabens
- Bauunterlagen
- mindestens drei schriftliche Kostenangebote (Begründungen/Nachweise, wenn trotz hinreichender Bemühungen keine drei Angebote eingeholt wurden)
- Kostenschätzung eines Architekten oder Bauingenieurs nach DIN 276
- schriftlich dokumentierte Preisvergleiche
- behördliche Genehmigungen
- Bio-Zertifikat bei Öko-Betrieben
(Zertifikat sollte nicht älter als ein Jahr sein)
- Tierbestand zur Berechnung des GVE-Besatzes
- Nachweis der Einhaltung der baulichen Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung gemäß Anlage der Richtlinie
- Nachweis der 9-monatigen Güllelagerkapazität bzw. 5-monatiger Lagerkapazität, falls nur Festmistlagerung erfolgt
(ggf. Nachweis der bisherigen 6-monatigen Güllelagerkapazität)
- Nachweis einer zusätzlichen Mindestlagerkapazität, die mindestens 2 Monate über die betriebsindividuellen ordnungsrechtlichen Vorgaben hinausgeht
(Vorlage bei Beantragung einer Förderung von Lagerstätten für flüssige Wirtschaftsdünger bzw. Festmistlagerstätten in Verbindung mit Stallbauten)
- Erklärung zu bestehenden Unternehmensbeteiligungen (KMU-Erklärung)
- aktueller Grundsteuermessbescheid
- Planungsrechnung bei Existenzgründung mit Nachweis eines angemessenen Eigenkapitalanteils am Unternehmen und am zu fördernden Vorhaben
- Erhebungsblatt zur Evaluation des Förderprogramms
- wasserrechtliche Genehmigungen
(Ist nur vorzulegen bei Beantragung einer Förderung von Bewässerungsanlagen.)
- Nachweis, dass 10 % der selbstb. Ackerfläche mit berechnungswürdigen Ackerkulturen bebaut sind (z.B. Anbauplan, Verträge bei Vermehrung)
(Ist nur vorzulegen bei Beantragung einer Förderung von Bewässerungsanlagen.)
- Nachweis mind. 25 % Wassereinsparung ggf. 50% (z. B. durch Hersteller, Gutachten usw.)
(Ist nur vorzulegen bei Beantragung einer Förderung von Bewässerungsanlagen)
- Nachweis Junglandwirt (z.B. Kopie des Personalausweises, Qualifikation, Nachweis der erstmaligen Niederlassung als Allein- oder Mitunternehmer im lw. Unternehmen; Höhe der Beteiligungen/Stimmrechte)
- sonstige Anlagen,

Betreuungsunternehmen:

Zuwendungsfähige bauliche Vorhaben über 100.000 € sind betreuungspflichtig. Die Betreuer müssen fachlich geeignet sein und entsprechende Referenzen vorweisen können. Der Antragsteller hat sich zu versichern, dass das von ihm ausgewählte Betreuungsunternehmen über ausreichende Referenzobjekte im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung verfügt.

rechtsverbindliche Unterschrift	
Ort, Datum	Unterschrift(en) des Antragstellers/Vertretungsbefugten
	Name des Antragstellers/Vertretungsbefugten in Druckschrift